

Wien, 30.6.2015

KEINE STRASSENBAHN NACH LIESING?

Unter Berufung auf den Rathaus-Verfassungsdienst werden unliebsame Bezirksanträge wiederholt für unzulässig erklärt und ohne Diskussion versenkt.



www.hetzensdorf-pro.at

Ähnlich wie zu Anträgen betreffend Fluglärm und ÖV-Intervalle erging es einem Pro Hetzensdorf-Antrag im Meidlinger Bezirksparlament:

Bezirksrat Franz Schodl wollte eine Machbarkeitsstudie für eine Straßenbahnlinie entlang der Breitenfurter Straße zwischen Hetzensdorf und Liesing beantragen. Denn der Bau tausender Wohnungen erfordert ein nahegelegenes, leistungsstarkes Massenverkehrsmittel mit einer deutlich höheren Beförderungskapazität als der Linienbus 62A und wesentlich kürzeren Stationsabständen (max. 400m) als die Südbahn (3km zwischen Atzgersdorf und Hetzensdorf).

Begünstigt wird dieser Vorschlag durch den Hinweis der MA 21, wonach eine diesbezügliche Gleistrasse in diversen Flächenwidmungen bereits integriert sei bzw. werde.

Schikanieren und blockieren

Diesen fristgerecht eingebrachten Antrag ließ BVSt Gabriele Votava (SP) eilfertig vom Verfassungsdienst im Rathaus prüfen. Dort legte man den Antrag als "Forderung nach detaillierten Gleisplänen" aus und erachtete ihn als unzulässig.

Daraufhin faßte Schodl seinen Antrag allgemeiner ab, worauf dieser - "weil bezirksübergreifend" - erneut als unzulässig erachtet wurde.

Schodl: "Wenn jedesmal ein neuer Grund der Unzulässigkeit eines Antrags vorgeschoben wird, fühlt man sich in seiner Arbeit für den Bezirk schikaniert und blockiert."

Er vermutet dahinter ein finanzpolitisches Motiv: Leere Stadtkassen und die enorme Schuldenlast Wiens ließen Stadtrat Renate Brauner (SP) - anders als beim sündteuren U-Bahnbau - vor weiteren Investitionen in die Straßenbahn zurückschrecken. "Da wurstelt sie lieber mit einer schon jetzt unzulänglichen Buslinie 62A weiter und hofft auf einen absurden viergleisigen Südbahnausbau (mitten durch Wohnviertel!), der sie keinen Cent kosten würde".

Beschämend ist nicht nur diese Art von Verkehrspolitik, sondern auch das vom Rathaus verhängte Diskussionsverbot in der Bezirksvertretung zu vernünftigen Lösungsvorschlägen!